

Krise der Demokratie oder Demokratie in der Krise?



Demokratie in der Krise

I. Demokratie in der Krise

1. These: Die parlamentarischen Regeln und Institutionen der Republik sind in der Finanzkrise knapp ihrer Suspendierung entronnen.

Demokratie in der Krise

Das GG normiert ein explizites Verbot von weitreichenden Ermächtigungen der Exekutive, nämlich in Art. 80:

- 1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden.

Demokratie in der Krise

- Steuerungsmittel (nach Luhmann):
 - Recht
 - Geld
 - Macht
- Geld ist zum zentralen Steuerungsmittel aufgestiegen
- Das GG kennt nur ein Verbot der Übertragung rechtlicher Steuerung vom Parlament an die Exekutive

Demokratie in der Krise

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz

Gesetz zur Umsetzung eines
Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des
Finanzmarktes (FMStG) vom 17.10.2008

hatte die Dimension eines Ermächtigungsgesetzes für das Steuerungsmedium Geld.

Struktur Finanzmarktstabilisierungsanstalt

Finanzmarktstabilisierungsfonds
„Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin)

verwaltet

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

Leitungsausschuss

Lenkungsausschuss

entscheidet über:
- Stabilisierungsmaßnahmen
- Grundanfragen,
- besondere Angelegenheiten
- Auflagen

bringt Entscheidungsvorschläge ein

beauftragt

- ernannt im
Bundesausschuss mit
der Bundesbank
- überträgt Entscheidungsbefugnis

Bundesministerium
der Finanzen (BMF)

informiert

Gremium zum
Finanzmarkt-
stabilisierungsfonds

kann Mitglieder beider Gremien haben

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

- Die FMSA ist eine rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts bei der Bundesbank,
- aber organisatorisch von ihr getrennt
- und untersteht der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

- Der Leitungsausschuss leitet die Finanzmarktstabilisierungsanstalt.
- Er besteht aus drei Mitgliedern, die das Bundesministerium der Finanzen im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank ernennt.
 - Dr. Hannes Rehm
Sprecher, zuletzt: Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Landesbank Girozentrale
 - Dr. Christopher Pleister
Zuletzt: Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
 - Gerhard Stratthaus
Zuletzt: Finanzminister des Landes Baden-Württemberg

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

- Der Lenkungsausschuss ist ein innerministerieller Ausschuss
- Er entscheidet über Grundsatzfragen, Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, sowie bei Entscheidungen über wesentliche Auflagen
- Er ist besetzt mit je einem Vertreter
 - des Bundeskanzleramts,
 - des Bundesministeriums der Finanzen,
 - des Bundesministeriums der Justiz,
 - des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie
 - sowie einem Mitglied der Länder.

Struktur Finanzmarktstabilisierungsanstalt

Finanzmarktstabilisierungsfonds
„Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin)

verwaltet

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

Leitungsausschuss

Lenkungsausschuss

entscheidet über:
- Stabilisierungsmaßnahmen
- Grundanfragen,
- besondere Angelegenheiten
- Auflagen

bringt Entscheidungsvorschläge ein

beauftragt

- ernannt im
Bundesausschuss mit
der Bundesbank
- überträgt Entscheidungsbefugnis

Bundesministerium
der Finanzen (BMF)

informiert

Gremium zum
Finanzmarkt-
stabilisierungsfonds

kann Mitglieder beider Gremien haben

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

- Entscheidungsbefugnis über „Stabilisierungsmaßnahmen“ hat das BMF (§ 4 I FMStG)
- Befugnisse können aber durch RVO übertragen werden an die Anstalt (§ 4 II FMStG)
- Mit RVO vom 20.10.2008 wurden der FMStA die „Entscheidungen über Maßnahmen“ nach dem FMStG übertragen.

⇒ Faktisch entscheidet das Leitungsgremien

- ✓ Mitglieder mehrheitlich Bankvertreter
- ✓ Im Benehmen mit Bundesbank berufen

Über die Maßnahmen, d.h. die Verwendung der Gelder.

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

Der Fond hat drei Aufgaben:

- **Garantien:** Interbankenmarkt wiederbeleben durch staatlicher Garantien für neue Schuldtitel und sonstige Verbindlichkeiten (Bürgschaften)
- **Rekapitalisierung:** Der Fonds kann sich an Finanzunternehmen beteiligen und damit deren Eigenkapital aufstocken.
- **Risikoübernahme:** Der Fonds kann Risikopositionen (z. B. Forderungen und Wertpapiere) übernehmen und im Gegenzug sichere Schuldtitel dann des Bundes liefern

Finanzmarktstabilisierungsanstalt

Mittel:

- Garantien bis zur Höhe von 400 Mrd. Euro bis zum 31. Dezember 2009 begebene Schuldtitel mit einer Laufzeit von bis zu 36 Monaten (§ 7 FMstG)
- Rekapitalisierung ohne gesetzliche Vorgabe über Höhe und Grenze (§ 8)
- Risikoübernahme
- § 9 (1): Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, für den Fonds zur Deckung von Aufwendungen und von Maßnahmen nach den §§ 7 und 8 dieses Gesetzes Kredite bis zur Höhe von 80 Milliarden Euro aufzunehmen.

Parlament ausgeschaltet

⇒ Hoffnung: 400 Mrd. werden nicht fällig,

- ✓ Kredite werden zurückgezahlt,
- ✓ es werden Gebühren gezahlt und
- ✓ Anteile und Wertpapiere können wieder verkauft werden.

Parlament ausgeschaltet

Problem:

- 400 Mrd. **Garantieermächtigung mit =>**
Gefahr der Inanspruchnahme (worst case)
- Ermächtigung zu 80 Mrd. Kreditaufnahme
(einkalkuliert)
- Mittel Insgesamt 480 Mrd. Euro

Parlament ausgeschaltet

Bundeshaushalt in

2009:

Ansatz 294,5,
ausgegeben 303 Mrd.,
Kredit = 37,5 Mrd,

2010:

Ansatz 325,4 Mrd.,
Kredit = 85,8 Mrd.

Parlament ausgeschaltet

Folgerungen:

Mit Mittelzuweisungen, die über den Bundeshaushalt hinausgehen, liegt faktisch ein Notstandsgesetz vor.

Allerdings: 2009 hat der Fonds „nur“ ein Minus von ca. 4 Mrd. gemacht

Parlament ausgeschaltet

- Aber: 08/09 wurden insgesamt 98 Mrd. für die Bankenrettung ausgegeben
- = $\frac{1}{2}$ der Neuverschuldung der BRD
- (z.T. ohne gesetzliche Grundlage, aber mit allseitiger Zustimmung)

Parlament ausgeschaltet

Bewertung:

- Im worst case Szenario wäre die Gesetzeskraft suspendiert worden. Die FMSA hätte zur Nebenregierung ohne rechtliche Bindung, neben dem Notstandsregime des GG werden können.
- Wenn sich die Risiken nicht verwirklichen – wie es z.Z. scheint – lässt sich nicht von einer Ersetzung des Rechts durch Gewalt sprechen
- => kein Notstandsregime

Parlament ausgeschaltet

Ergebnis:

- **Das FMStG ist an der Wirkung eines Ermächtigungsgesetzes im Ausnahmezustand knapp vorbeigeratscht.**

Krise der Demokratie

II. Krise der Demokratie

2. These: Daraus folgt keine
Entwarnung für die Demokratie, das
neue Modell des finanzdominierten
Kapitalismus führt zu
Machtverschiebungen, welche die
Substanz der Demokratie angreifen

Krise der Demokratie

Bankenrettung und Verschuldung
beschränkt demokratische
Gestaltungsmöglichkeiten.

Politik wird noch mehr Wettbewerb um
die besten Spar- und Kürzungskonzepte

Sparkonzepte werden scheitern
(Staatsschulden Japan = ca. 200 % BIP)

Krise der Demokratie

Beobachtungen zum FMStG:

- Nicht die Exekutive wurde ermächtigt, sondern Exekutive und Private
- Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurde von Privaten (Freshfields) entworfen (nicht von staatlichen Stellen)
- Die Politik hat eine Diskussion (von Alternativen) der Bankenrettung verschlafen

Krise der Demokratie

Folgerungen:

- Das FMStG wirft nur grelles Licht auf Krisensymptome der Demokratie
- Es ordnet sich ein in allgemeine Tendenz des neoliberalen Kapitalismus, nämlich
 - Bindung der Politik durch die Ökonomie
 - Machtverschiebung:
 - ✓ von asymmetrischer Kooperation
 - ✓ auf (privat-öffentliche) Oligarchien

Krise der Demokratie

Asymmetrische Kooperation = Form der Willensbildung in „sozialer Marktwirtschaft“ – Kennzeichen:

- Integration pluraler Interessen auf unterschiedlichen Ebenen
- Korporatismus der „Sozialpartner“
- Bei asymmetrischer Machtverteilung = ungleiche Repräsentation

Krise der Demokratie - Bewertungen

Drei Stimmen:

- Georg Soros – Die Krise des globalen Kapitalismus (1998):
 - ✓ Verdrängung bürgerlicher Werte und Tugenden durch „monetäre Werte“
 - ✓ => Gemeinwohl tritt in den Hintergrund, Spielraum der Politik geringer
 - ✓ Geringere Effizienz demokratischer Prozesse (Eigenkorrektur)
 - ✓ => Verstärkung des Marktmechanismus gegenüber der Politik
 - ✓ Effizienz und Legitimität des demokratischen Prozesses wird weiter unterminiert zugunsten der „monetären Werte“

Krise der Demokratie - Bewertungen

- Robert Reich - Superkapitalismus (2007):
 - ✓ Exorbitantes Wachstum der Lobbygruppen aus der Wirtschaft
 - ✓ Verdrängung anderer pluraler Interessen
 - ✓ Grund: neue globale Konkurrenz führt zum intensiven Kampf um jeden (gesetzlichen) Wettbewerbsvorteil
 - ✓ Politik = Austarieren der unterschiedlichen wirtschaftlichen, nicht mehr gesellschaftlichen Interessen

Krise der Demokratie - Bewertungen

- Colin Crouch – Postdemokratie (2003):
 - ✓ Wahlen (+), aber
 - ✓ Dominiert von PR-Spektakel
 - ✓ Probleme werden von Experten diskutiert
 - ✓ Bürger schweigen
 - ✓ Politik hinter verschlossenen Türen
 - ✓ Politiker, vertreten die Interessen der Wirtschaft
 - ✓ Postdemokratie = demokratisches Spektakel ohne Substanz

Pluralismus der Oligarchien

- **Fisahn - Pluralismus der Oligarchien**
 - ✓ Repräsentativorgane bleiben formal bestehen
 - ✓ Übertragen Macht auf legale, oligarchische Gremien, d.h. Überrepräsentanz der sozial Mächtigen Gruppen
 - ✓ Legitimation erfolgt legal durch staatliche-demokratische Organe, aber faktisch Entscheidungen ausgelagert

Pluralismus der Oligarchien

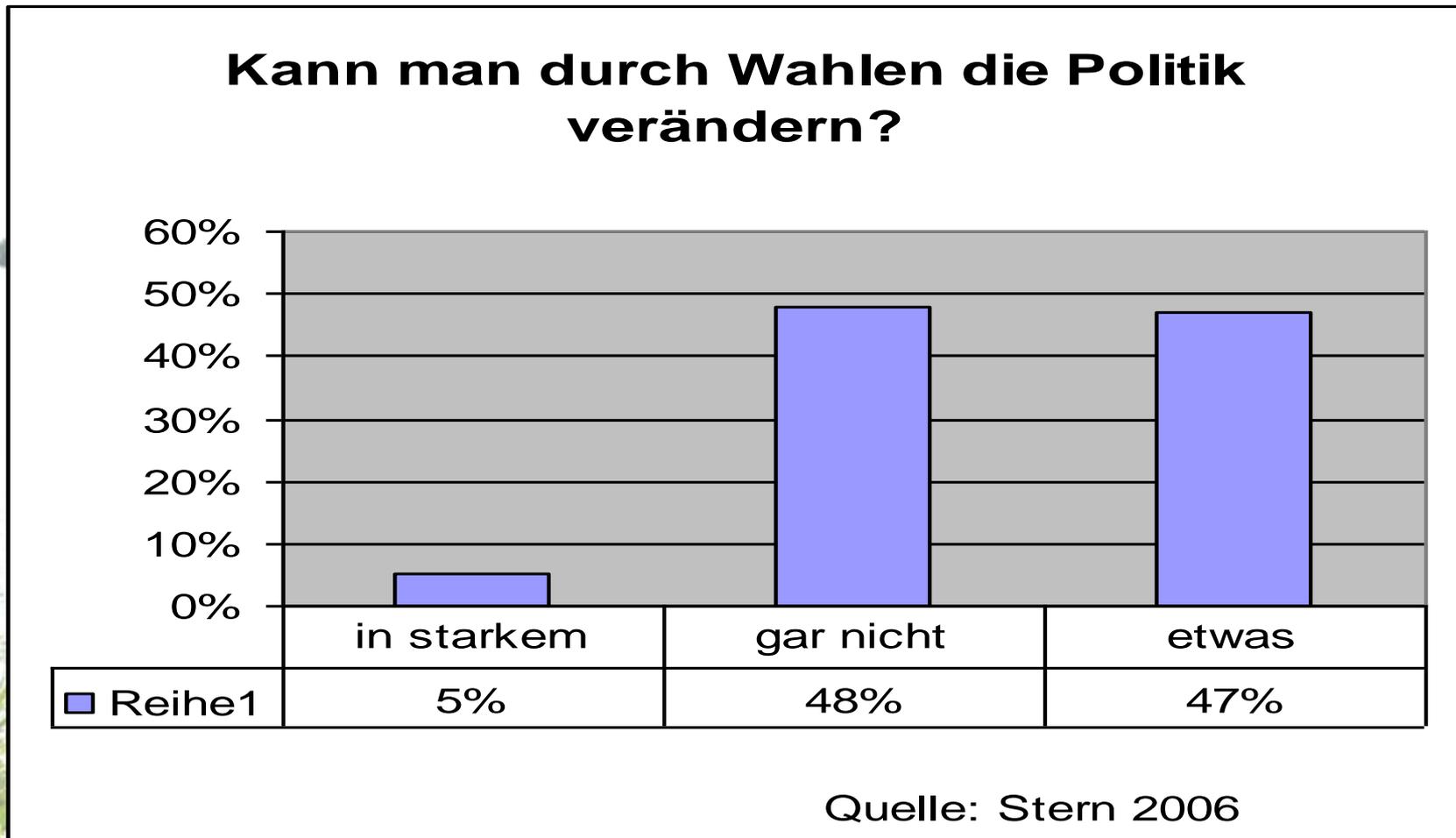
- ✓ Verschiebung gegenüber dem asymmetrischen Korporatismus der frühen Bundesrepublik
- ✓ Sozial ohnmächtige Gruppen werden als Feigenblatt integriert
- ✓ Mächtige Gruppen werden in ihrer Pluralität vertreten

Pluralismus der Oligarchien

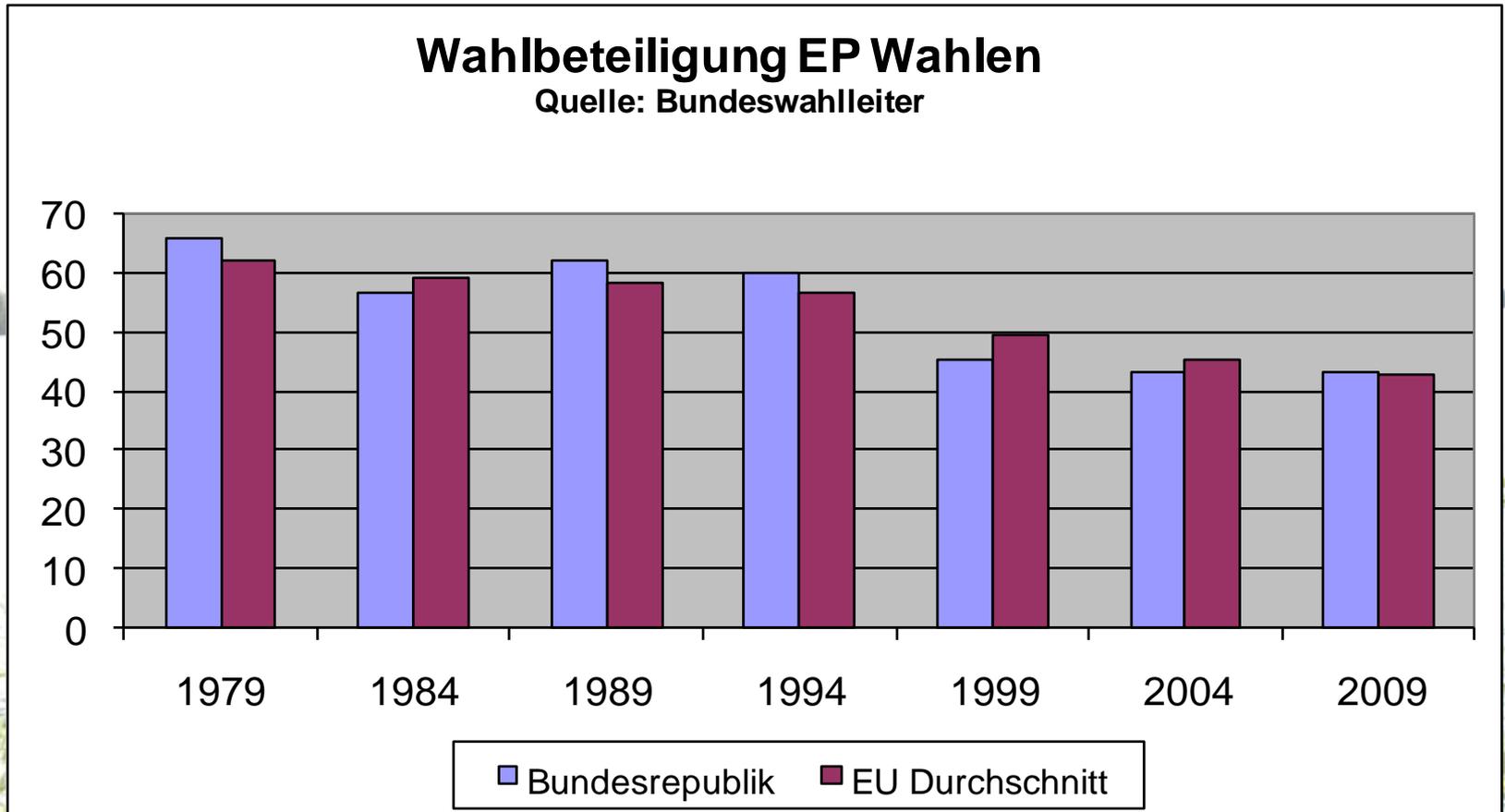
- ✓ An Stelle sozialer Integration tritt Abschottung der Macht
- ✓ Gelingt insbesondere durch Entscheidungsverlagerungen auf die EU und internationale Institutionen
- ✓ Ausbau der Datenerfassung und Kontrolle
- ✓ Aber: Keine Diktatur, autoritäres Regime oder autoritärer Etatismus

Pluralismus der Oligarchien

Reaktion der Wahlbürgerinnen:



Pluralismus der Oligarchien

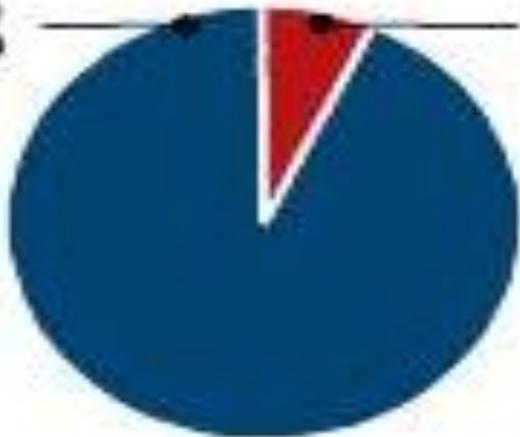


Pluralismus der Oligarchien

Mit der Idee der Demokratie sind
zufrieden *in Prozent der Befragten*

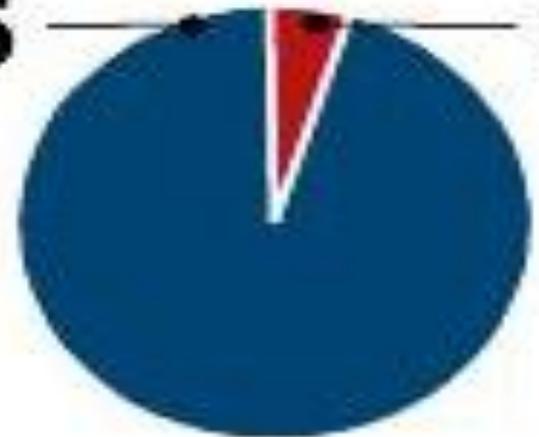
im Osten
Gesamt

ja 93
nein 7



im Westen
Gesamt

ja 95
nein 5

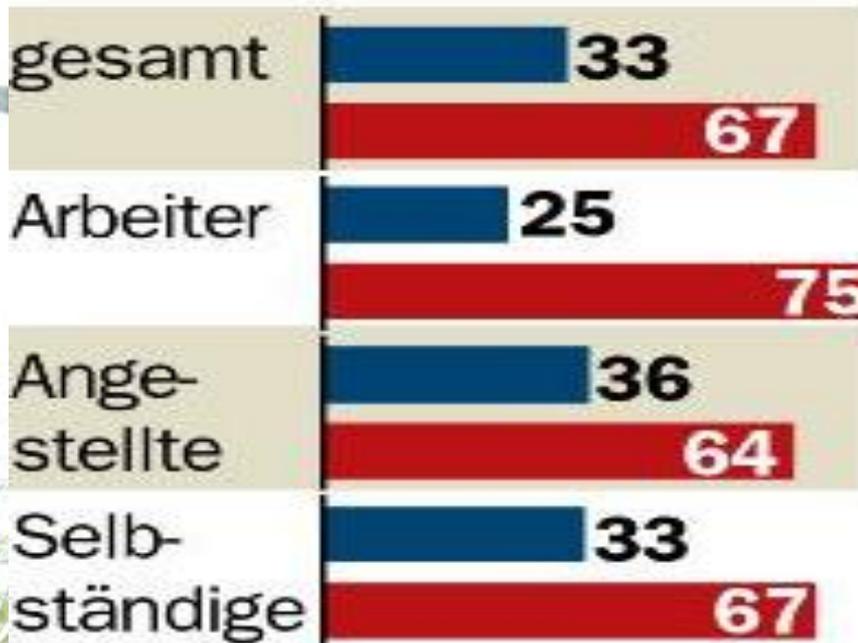


Pluralismus der Oligarchien

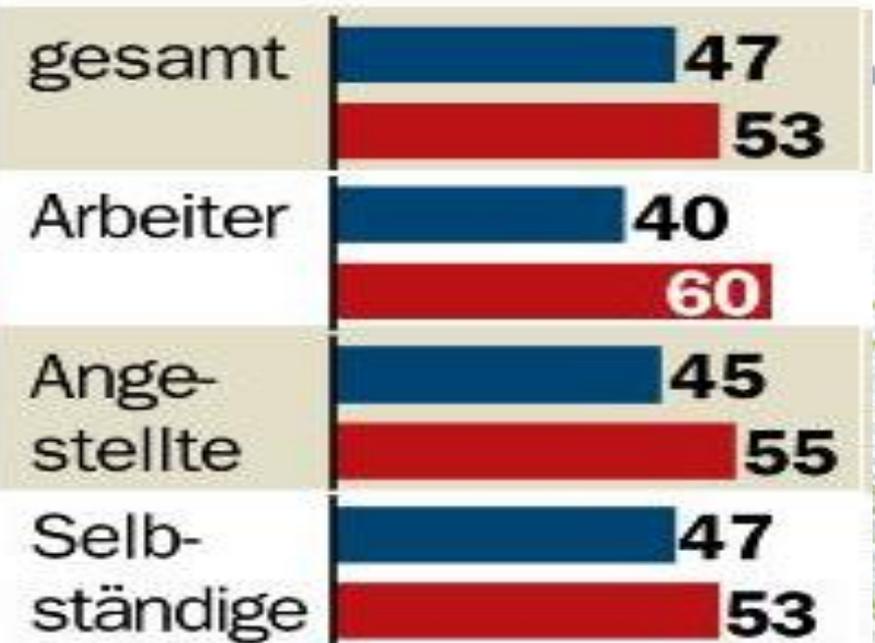
Mit dem politischen System, so wie es tatsächlich funktioniert sind eher...

■ ...zufrieden ■ ...unzufrieden in % der Befragten

im Osten



im Westen



Rest an 100 % = keine Angaben